Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
11.11.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Michael Schirmer
Telefon-Nr.
02202-141356

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 06.10.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:58 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.07.2026 - öffentlicher Teil**
0563/2026

6 **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der**

Zuständigkeitsordnung
0561/2026

7 **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0564/2026

8 **01.02.38 Milchborntal Neubau RÜ**
0569/2026

9 **30.14.16 Altenberger-Dom-Straße RKB A 177 + 30.14.17 Hoverhof RKB A 178**
0570/2026

10 **01.01.246 Lückerather Weg RKB A15 + A49**
0571/2026

11 **01.01.247 Industriestraße RKB und Neuenweg A 20**
0572/2026

12 **01.01.257/258 Vürfels RKB A 59/A 60**
0573/2026

13 **01.01.287 Rosenthaler Weg A 145 und A 370**
0574/2026

14 **Umsetzung der Maßnahme 01.01.433 Sanierung Vorklärung**
0576/2026

15 **01.01.444 Hydr. Sanierung KR Altenberger-Dom-Str., von Leverkusener Str. bis Kempener Str.**
0577/2026

16 **01.02.41 Kölner Straße Kanalsanierung (MW), Technische Ausrüstung**
0578/2026

17 **Offenhalten von Verkaufsstellen 2027**
0599/2026

18 **Umstellung Verfahren Straßenreinigungsgebühr 2027**
0541/2026

19 **Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) zum 01.01.2027**
0598/2026

20 **Sachstand zum Grünflächenkataster als zentrale Daten und Arbeitsgrundlage für die Aufgaben von Stadtgrün (Fachbereich 8-67)**
0603/2026

21 **Sachstand Spielplatzstrukturanalyse**
0602/2026

22 **Anträge der Fraktionen**

23 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

23.1 Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vom 27.07.2026 zur Videoüberwachung öffentlicher Flächen im Stadtgebiet - Standorte, Rechtsgrundlagen, Kennzeichnung und datenschutzrechtliche Absicherung
0591/2026

N Nicht öffentlicher Teil

1 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil

2 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

3 Mitteilungen des Bürgermeisters

4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.07.2026 - nichtöffentlicher Teil
0562/2026

5 Unterrichtung des Ausschusses über die Vergabe von Aufträgen über 10.000 €
0547/2026

6 Ersatzbeschaffung von Rettungswagen für den Rettungsdienst der Stadt Bergisch Gladbach
0594/2026

7 Ersatzbeschaffung eines 12t LKW mit Kofferaufbau und Ladebordwand für den Fachbereich 7-69
0545/2026

8 Anträge der Fraktionen

9 Anfragen der Ausschussmitglieder

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Herr Wagner, eröffnet die 5. Sitzung dieses Ausschusses in der elften Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie, da im Gremium insgesamt 6 sachkundige Bürger anwesend sind, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vertretungen können dem dieser Niederschrift beigefügten Teilnehmerverzeichnis entnommen werden.

Herr Wagner teilt mit, dass Herr Migenda heute an der Sitzung nicht teilnehmen könne.

Frau Leveling bittet, eine Vorlage (Rettungsfahrzeug…), die im nichtöffentlichen Teil behandelt werden soll, in den öffentlichen Teil vorzuziehen.

Herr Köhler erwidert, dass derartige Fahrzeugbeschaffungen dann im nichtöffentlichen Teil zu behandeln seien, wenn dort generell Kostenschätzungen enthalten sind, deren Veröffentlichung vor der Ausschreibung unklug wäre, weil eventuell unnötig interne Informationen über geschätzte Kostenkalkulationen an die Bewerber gelangen und Preisabsprachen möglich würden.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da keine Einwände erhoben wurden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr Wagner teilt mit, dass Herr Schirmer als Schriftführer heute seine letzte Sitzung begleiten werde und bedankt sich, auch im Namen der Fraktionen, für den langjährigen Einsatz. Die Ausschreibung zur Wiederbesetzung der Stelle sei für das nächste Jahr vorgesehen. Bis dahin werde Frau Tzagka die Schriftführung kommissarisch übernehmen

Er verweist auf eine vor der Sitzung verteilte Mitteilung zum Thema Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung, für die Frau Tatter für weitere Informationen zur Verfügung stehe.

Die im Ratsinformationssystem stehende Vorlage zu Tagesordnungspunkt Ö 15 „Hydraulische Sanierung Altenberger-Dom-Straße“ wurde dort teilweise unvollständig dargestellt, könne aber dennoch im Ausschuss behandelt werden.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Mäding möchte darüber informieren, dass ein Zwischenbericht der Bezirksregierung zum Abwasserbeseitigungskonzept das Abwasserwerk erreicht habe, wonach mit großer Wahrscheinlichkeit keine Beanstandung des Konzeptes drohe. Kleinere, eher kosmetische Anpassungen seien aber noch auszuführen. Durch den positiv konnotierten Bericht konnte

mittlerweile auch der Sperrvermerk für drei Stellen für das Abwasserwerk aufgehoben und diese ausgeschrieben werden.

Frau Meuthen teilt mit, dass im Rahmen des beschlossenen Leitbild Wald in Kürze eine Beteiligung von interessierten Bürgern durchgeführt werden wird. Auf entsprechende Nachfrage von Frau Meinhardt wird die Beteiligung durch eine Pressemitteilung gestartet.

Frau Tatter verweist nochmals auf die ausgeteilte Mitteilung (liegt dieser Niederschrift als Anlage 3 bei). Nach der Feststellung von Frau Meinhardt, dass es sich vorliegend um keine gemessenen, sondern berechneten Werte handele, umreißt Frau Tatter die Terminierung des weiteren Vorgehens (Erstellung der Lärmkartierung bis Mitte 2027, anschließende Zuleitung an Bezirksregierung und Landtag, Durchführung von ein oder zwei Bürgerbeteiligungen in 2028 und 1. Halbjahr 2029, erneute Weiterleitung an Bezirksregierung, Landtag und EU).

Herr Wagner gibt zu bedenken, dass gerade die Lärmspitzen diejenigen seien, die am meisten störend seien. Er regt an, diese nach Möglichkeit in die Berechnungsgrundlagen einzubeziehen.

Frau Tatter teilt mit, dass dies zutreffend sei. Eine Differenzierung nach Fahrzeugtyp, Asphaltbeschaffenheit, umliegende Gebäude und weitere Determinanten finde schon statt. Die betroffenen Bürger hätten aber in den Beteiligungen die Möglichkeiten, sich entsprechend einzubringen.

Herr Zenz möchte darüber informieren, dass es auf Grund eines wirtschaftlichen Totalschadens an einer Kleinkehrmaschine durch einen Brand nötig werde, eine neue anzuschaffen.

Auf Nachfrage von Herrn Wagner teilt er mit, dass eine Beschlussfassung abhängig davon sei, ob die Beschaffung den Schwellenwert von 100 T€ (=Ausschussbeteiligung) überschreite.

Frau Leveling fragt, wie es zu diesem Brand kommen konnte.

Herr Zenz antwortet, dass ihm die Ursache noch nicht bekannt sei.

Herr Dr. Waniczek möchte u. a. wissen, ob eine Anfälligkeit zu solchen Ereignissen bei diesem Fahrzeugtyp festgestellt wurde, beispielsweise im Rahmen der Wartung.

Herr Zenz weist eingangs darauf hin, dass es sich um eine konventionell betriebene Kleinkehrmaschine handele, deren technischer Aufbau auf engstem Raum tatsächlich dazu führen könne, dass derartige Schadensereignisse tatsächlich gehäuft vorkommen können. Mit dem Typ sei man aber insgesamt sehr zufrieden. Durch den Brand wurde eine von drei Kehrmaschinen zerstört. Bei den beiden anderen könnten es durch den verstärkten Einsatz in der Herbstzeit ebenfalls zu Ausfällen kommen. Eine gewisse Redundanz könne so nicht mehr gewährleistet werden.

Ebenfalls seien die Kleinkehrmaschinen bis zum jeweiligen Restwert versichert.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.07.2026 - öffentlicher Teil
0563/2026

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0561/2026

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

7. **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0564/2026

Dies ist auch hier der Fall.

8. **01.02.38 Milchborntal Neubau RÜ**
0569/2026

Dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.38 Milchborntal Neubau RÜ“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefolgt.

9. **30.14.16 Altenberger-Dom-Straße RKB A 177 + 30.14.17 Hoverhof RKB A 178**
0570/2026

Der Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „30.14.16 Altenberger-Dom-Straße RKB A 177 + 30.14.17 Hoverhof RKB A 178“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefasst.

10. **01.01.246 Lückerather Weg RKB A15 + A49**
0571/2026

Dem Vorschlag zum Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.246 Lückerather Weg RKB A15 + A49“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefolgt.

11. **01.01.247 Industriestraße RKB und Neuenweg A 20**
0572/2026

Der vorgeschlagene Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.247 Industrieweg RKB und Neuenweg A 20“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefasst.

12. **01.01.257/258 Vürfels RKB A 59/A 60**
0573/2026

Dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.257/258 Vürfels RKB A 59/A 60“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefolgt.

13. **01.01.287 Rosenthaler Weg A 145 und A 370**
0574/2026

Der Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.287 Rosenthaler Weg A 145 und A 370“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird ebenfalls **einstimmig** gefasst.

14. **Umsetzung der Maßnahme 01.01.433 Sanierung Vorklärung**
0576/2026

Dem Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.433 Sanierung Vorklärung“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefolgt.

15. **01.01.444 Hydr. Sanierung KR Altenberger-Dom-Str., von Leverkusener Str. bis Kempener Str.**
0577/2026

Der Vorschlag zum Beschluss

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.01.444 Hydr. Sanierung KR Altenberger-Dom-Str., von Leverkusener Str. bis Kempener Str.“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird **einstimmig** gefasst.

16. **01.02.41 Kölner Straße Kanalsanierung (MW), Technische Ausrüstung**
0578/2026

Auf Nachfrage von Herr Raschke führt Frau Mäding aus, dass vor allem Maßnahmen zur Verkehrssicherung und -lenkung dann kostentreibend seien, wenn sie im eigentlichen Straßenraum durchgeführt werden müssen (allgemeine Aussage, weil der Aufzeichnung der Bezug auf eine konkrete Maßnahme nicht entnehmbar war).

Dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften die Umsetzung der Maßnahme des Abwasserbeseitigungskonzeptes „01.02.41 Kölner Straße Kanalsanierung (MW), Technische Ausrüstung“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird anschließend **einstimmig** gefolgt.

17. **Offenhalten von Verkaufsstellen 2027**
0599/2026

Frau Leveling möchte wissen, ob inzwischen eine Stellungnahme der Gewerkschaft vorgelegt wurde.

Herr Cürten teilt mit, dass sowohl die Gewerkschaft als auch die Kirche Stellung genommen haben. Dies führte jedoch nicht zu einer entsprechenden Anpassung der Vorlage. Er verweist auf ein in gleicher Angelegenheit durchgeführtes Normenkontrollverfahren, dass seinerzeit zugunsten der Verwaltung beschieden wurde.

Der Beschluss

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird in der Fassung der Anlage beschlossen.

wird **einstimmig** bei einer Enthaltung der Ratsgruppe Bürgerpartei GL gefasst.

18. Umstellung Verfahren Straßenreinigungsgebühr 2027

0541/2026

Frau Dr. Steinmetzer begrüßt allgemein, dass die Verwaltung Einsparpotenziale aufzeige und das Verfahren insgesamt gerechter machen wolle. Sie bittet aber auf Grund der komplexen und sehr abstrakten Materie um Vorlage von einigen verdeutlichenden Rechenbeispielen.

Herr Zenz führt aus, dass das geplante Erhebungsverfahren zu einer großen Spannweite zwischen Einsparungen und Mehrbelastungen führen werde, in Abhängigkeit von der Grundstücksgröße.

Herr Kindervater beantragt im Hinblick auf die anstehende Haushaltsdebatte eine Vertagung der Thematik, auch weil das Verfahren in anderen Ausschüssen behandelt werde.

Unter Hinweis auf die Potenziale der Umstellung und die Einbettung der Abrechnung in die Grundsteuerhebesätze tendiere Herr Schiek ebenfalls für eine Vertagung.

Herr Dr. Waniczek möchte wissen, ob das neue Verfahren sich auf die Höhe der Müllgebühren auswirken werde.

Herr Zenz verneint dies. Den Vertagungsantrag halte er hingegen nicht für hilfreich, dass die Behandlung im Rahmen der Haushaltsdebatte, die sicherlich bis ins Jahr 2027 dauern werde, eine Umstellung zum 01.01.2027 verhindern werde.

Auf Nachfrage von Frau Leveling erläutert Herr Bertram, dass es klug sei, die Umstellung aus der allgemeinen politischen Diskussion herauszuhalten. Eine Gültigkeit der Umstellung müsse nicht zwangsweise dazu führen, wenn heute nicht beschlossen werde; es bestehe die Möglichkeit, bis zum. 30.06. eines Jahres rückwirkend die Satzung zum 01.01. dieses Jahres gültig werden zu lassen.

Herr Eggert gibt zu bedenken, dass bei einem späteren Beschluss eine Lücke in der Rechtsgrundlage für die Gültigkeit der Satzung entstehen könnte.

Nach einer Diskussion über die Folgen einer möglichen Vertagung lässt Herr Wagner über den weitergehenden Vertagungsantrag abstimmen. Die Abstimmung ergab bei Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein einstimmiges Votum.

Damit ist der Tagesordnungspunkt vertagt.

19. Änderung der Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach (Parkgebührenordnung) zum 01.01.2027

0598/2026

Nach einer kurzen Einführung in die Thematik von Herrn Wagner (Pflicht zur teilweisen Abführung der neu hinzugekommenen Mehrwertsteuer) begrüßt Frau Dr. Steinmetzer zunächst, dass die Parkgebühren seit nunmehr zwanzig Jahren erhöht werden sollen. Dies werde die immer größer werdende Diskrepanz zu beispielsweise Fahrpreisen beim ÖPNV verkleinern.

Sodann lässt Herr Wagner abstimmen.

Dem Beschlussvorschlag

Die Gebührenordnung für Parkscheinautomaten in der Stadt Bergisch Gladbach wird in der vorliegenden Form beschlossen.

wird bei Gegenstimmen der AfD-Fraktion (1 Stimme) und der Ratsgruppe BÜRGERPARTEI GL (1 Stimme) **mehrheitlich** gefolgt.

20. Sachstand zum Grünflächenkataster als zentrale Daten und Arbeitsgrundlage für die Aufgaben von Stadtgrün (Fachbereich 8-67)
0603/2026

Herr Wagner teilt mit, dass er eine Mail an Herrn Nollen gesendet habe, um zu erfahren, was die Abteilung Stadtgrün mit ihrer derzeitigen Personalausstattung und den zunehmenden (z. T. auch hier im Ausschuss beschlossenen) Aufgaben überhaupt noch während der Dienstzeiten schaffen könne.

Frau Meuthen meint hierzu, dass eine Aufgabenerledigung nicht nur für die eigentlichen dem Stadtgrün zuzuordnenden Flächen stattfinde, sondern darüber hinaus auch für die gesamte Stadtverwaltung im Rahmen einer Querschnittsaufgabe. Das werde mit hochmotivierten Mitarbeitenden auch gerne angenommen. Um sich aber darüber einen Überblick verschaffen zu können, sollen alle von Stadtgrün (mit)bewirtschafteten Flächen eruiert werden. Das werde eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung werde auf dem weiteren Weg regelmäßig über Fortschritte informiert.

Frau Dr. Steinmetzer begrüßt das Ansinnen, zur besseren Einsatzplanung ein derartiges Kataster aufzustellen. Sie fragt, ob die in diesem Rahmen festgestellten Flächen über das städtische Geoportal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

Frau Meuthen bejaht dies.

Frau Meinhardt habe nach Lektüre der Vorlage aber noch viele Fragen zur effizienten Umsetzbarkeit eines derartigen Katasters.

Frau Meuthen weist auf eine in der Vergangenheit durchgeführte Überfliegung des Stadtgebietes hin, die aber leider nicht ganz zielführend war. Es müsse vielmehr darüber hinaus festgestellt werden, was auf entsprechenden Flächen an Ausstattung und Vegetation vorhanden ist. Die Erfassung dessen sei von daher eben sehr umfangreich.

Herr Eggert stellt den Zusammenhang mit den bevorstehenden Haushaltsberatungen her, bei den die Frage gestellt werden müsse, was mit dem vorhandenen Personal außerhalb der nicht disponiblen Aufgaben im Zusammenhang mit Verkehrssicherungspflichten noch geleistet werden könne. Das Neuerschaffen von Anlagen und dergleichen sei zwar einfach und hier nicht zentraler Punkt, stattdessen aber die entsprechende Unterhaltung. Wenn mehr Output gewollt werde, müsse gegebenenfalls mehr qualifiziertes Personal bei entsprechender Kostentransparenz gewonnen werden.

Herr Dr. Waniczek fragt, ob dieses Kataster insgesamt dazu dienen soll, Kostensenkungen z. B. über kürzere Anfahrtswege zu generieren.

Auch diese Frage bejaht Frau Meuthen.

Ansonsten wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

21. Sachstand Spielplatzstrukturanalyse
0602/2026

Auch diese Mitteilung wird ohne Wortbeiträge zur Kenntnis genommen.

22. Anträge der Fraktionen

Anträge, sowohl schriftliche als auch mündliche, liegen nicht vor.

23. Anfragen der Ausschussmitglieder

23.1. Anfrage der Ratsgruppe Bürgerpartei GL vom 27.07.2026 zur Videoüberwachung öffentlicher Flächen im Stadtgebiet - Standorte, Rechtsgrundlagen, Kennzeichnung und datenschutzrechtliche Absicherung

0591/2026

Herr Dr. Waniczek möchte wissen, ob die Stadt Bergisch Gladbach dem Kreis zur Hilfe kommen könne, weil dieser bei der Kartierung der mobilen Defibrillatoren sehr langsam sei. Keiner wisse, wo sich entsprechende Gerätschaften befinden.

Herr Köhler antwortet, dass die Stadt zwar Defibrillatoren habe und diese auch im Geoportal dargestellt werden (siehe unter ***Geoportal, Reiter Gesundheit und Sicherheit, Defibrillatoren***), sehe aber keine originäre Zuständigkeit der Stadt, obwohl dies sicherlich sinnvoll wäre, aber wegen der Personaldecke nicht gestemmt werden könne.

Zur Anfrage der Ratsgruppe BÜRGERPARTEI GL zur Videoüberwachung öffentlicher Flächen im Stadtgebiet teilt Herr Zenz mit, dass die versuchsweise gestartete Videoüberwachung an Altkleidercontainern inzwischen eingestellt werden musste, da die Rechtsaufassung dazu im Rahmen des Landesdatenschutzgesetzes dieses Vorgehen (noch) nicht hergebe.

Herr Kindervater fragt, ob dieser Umstand nicht schon früher hätte bekannt sein müssen. Vor einiger Zeit habe seine Fraktion schon einmal darauf hingewiesen; die Rechtslage habe sich seither nicht geändert. Er fragt auch nach den entstandenen Kosten und der Verwendung der Kameras.

Herr Zenz werde eine Beantwortung der Frage nach den Kosten schriftlich nachreichen. Wenn sich eine Möglichkeit zur Verwendung der Kameras ergeben sollte, würde dies ergriffen werden, müsste aber noch im Einzelnen geprüft werden.

Frau Meinhardt möchte wissen, ob sich in diesem Zusammenhang jemand beschwert habe.

Herr Zenz verneint dies – der Einsatz wurde stattdessen intern nochmals eingehender rechtlich geprüft. Die Situation an den Standorten sei leider teilweise prekär; man wollte daher erstmal aus Sicht der Abwehr einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ins Handeln kommen.

Frau Leveling fragt nach Erkenntnissen aus dem Versäumnis, wasserrechtliche Genehmigungen für die Unterhaltung des in Teilen maroden Strundetalweges einzuholen sowie nach den Gründen.

Herr Eggert kündigt für die nächste Sitzung einen Sachstandsbericht über das weitere Vorgehen beim Strundetalweg an. Die Fragen wurden darüber hinaus schriftlich beantwortet und liegen dieser Niederschrift als Anlage bei (lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor).

Herr Kindervater möchte zum Einsatz von Scan-Fahrzeugen zur Parkraumüberwachung wissen, wie da augenblicklich der Sachstand sei und ob Potenziale zur Optimierung dieser Vorgänge gesehen werden. Angesichts entsprechender Einsätze in mehreren Kommunen sei er der Ansicht, dass diese Option sich immer weiter durchsetzen werde. Er verweist auf die seinerzeitige Ablehnung des Ausschusses, im Rahmen des Ersatzes der Parkscheinautomaten ebenfalls eine Kennzeichenerfassung einzusetzen.

Herr Eggert teilt mit, dass mit einem Anbieter bereits Kontakt aufgenommen wurde, ein Angebot liege vor. Nach Betrachtung von Pro und Contra, insbesondere hinsichtlich der nicht ganz unerheblichen Kosten möchte er, ebenfalls für die nächste Sitzung des Ausschusses, einen entsprechenden Sachstand mitteilen, besonders zur Möglichkeit zur Teilnahme an einem Pilotprojekt.

Frau Dr. Steinmetzer möchte zur Videoüberwachung an Containern wissen, ob durch den Abbau der Kameras das Projekt nunmehr beendet sei oder ob es weiter, dann rechtssicher verfolgt werden soll. Andere Kommunen setzen diese Technik bereits ein, wobei dem Datenschutz durch Verpixelung der aufgenommenen Fotos Rechnung getragen werde. Auch möchte sie wissen, ob es Berücksichtigung bei der Pflege von städtischen Grundstücken finde, dass das im Herbst gefallene Laub als Rückzugsort für Kleintiere dienen könne und daher nicht entfernt werden sollte. Zum Thema gelber Tonnen möchte sie erfahren, wann die Verteilung komplett abgeschlossen sei.

Herr Zenz führt aus, dass er bei der Videoüberwachung darauf hoffe, dass sich die Rechtslage im Land NRW ändern würde. Die Gründe, warum einige andere Kommunen eine entsprechende Technik einsetze, seien in Bergisch Gladbach bislang noch nicht aufgetreten (Brandstiftungen), könnten aber einen anderen Straftatbestand darstellen und dann einen zulässigen Einsatz ermöglichen. Zu den Tonnen meint er, dass hier die Fa. Neuenhaus zuständig und tätig sei, die Tonnen aber bis zum Jahresende verteilt sein müssen.

Herr Nollen teilt mit, dass es zur Entsorgung von gefallenem Laub gängige Praxis sei, in vielen Fällen, wo es nicht aus anderen Gründen, wie beispielsweise Verkehrssicherungspflicht, verhindert werde, das Laub liegen zu lassen.

Frau Meinhardt sieht keinen Widerspruch, wenn durch den Einsatz von Scan-Fahrzeugen zur Ermittlung von Falschparkern auch Einnahmen für die Stadt generiert werden und wirbt für diesen, von vielen anderen Kommunen bereits praktizierten Einsatz.

Herr Eggert werde die Redebeiträge zu diesem Thema in die anvisierte Vorlage mit verschiedenen Beschlussvarianten einfließen lassen.

Auf die Frage von Herrn Schütz, Vandalismusdelikte an Containern schon prophylaktisch mitzudenken, antwortet Herr Zenz, dass eine solche Herangehensweise juristisch bewertet werden müsse.

Herr Cürten wirft ein, dass der Grat sehr schmal sei und zitiert aus dem Datenschutzgesetz, wonach eine Videoüberwachung nur zum unmittelbaren Schutz von Leben, Gesundheit, Eigentum und Besitz eingesetzt werden dürfe. Vorbeugende Maßnahmen fallen (noch) nicht hierunter. Man müsse daher die weitere Entwicklung der Situation im Auge behalten, um bei entsprechenden konkreten Ereignissen tätig werden zu können.

Nach einem Statement von Herrn Wagner, wonach die Bürgerschaft insgesamt für die Sauberkeit im Containerumfeld verantwortlich sei und eine gewissen soziale Kontrolle stattfinden solle, richtet er einen Aufruf an die anwesende Presse, diese Thematik öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

Herr Wagner schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:17 Uhr.

_____	_____
Ausschussvorsitzender	Schriftführung